

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 21.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6068.

Hannover
Sonnabend, 19. Oktober 1901.

10. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

I.

Zur Auseinandersetzung über die Revision der sozialdemokratischen Ideen und des Programms gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Resolution.

Der Parteitag erkennt rücksichtslos die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an. Über die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht, und die Missstimmung eines großen Theils der Parteigenossen erregt.

In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntnis nicht verschliebt und darnach handelt, geht der Parteitag über die Anträge Nr. 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über.

In namentlicher Abstimmung wurde eine Resolution mit 230 gegen 3 Stimmen angenommen, welche die vor die Instanzen der Partei gerührte Streitfrage der Hamburger Akkordmauer zur Erledigung bringt:

Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rücksichtslosen Verurtheilung des Streitbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbstbehauptung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streitbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnen müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag spricht die Überzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rücksichtlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteiorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Akkordmauer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammensetzen mit ihnen in ihren Parteiorganisationen für möglich halten.

Zur Maifeier wurde folgende Resolution angenommen: In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Der folgende Antrag wurde der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen:

Der Parteitag möge einen Beschluß fassen, wonach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstage die Initiative ergreife und Folgendes vom Reichstage und von der Regierung fordere:

1. Eine wirkliche Krankenversicherung.
2. Abschaffung der Gesindeordnungen.
3. Freies Koalitions- und Versammlungsrecht.
4. Festsetzung eines 10stündigen Arbeitstages für alle landwirtschaftlichen Arbeiter.

5. Verbot der Kinderarbeit und der Frauenarbeit 6 Wochen vor und nach der Entbindung.
6. Am Sonnabenden oder an Tagen vor einem Fest um 5 Uhr Feierabend für die auswärts Arbeitenden.

Vom sozialen Kampfplatz.

Der Papiermacher-Streik in Gmünd am Tegernsee ist beendet. Es war dem Fabrikanten Herrn Brunner gelungen, zwei Handpapiermacher zu bekommen; in Folge dessen glaubten die Streikenden, die Arbeit aufzunehmen zu sollen. Von den gestellten Forderungen ist nur die auf Verkürzung der Arbeitszeit durchgegangen. Ein großer Theil der Arbeitenden ging bisher um 4 Uhr Morgens an, die Lebriegen begannen um 6 Uhr ihr Tagewerk; jetzt ist allgemein Beginn der Arbeitszeit um 6 Uhr. Statt der früheren Frühstücksszeit von 10 Minuten, in welcher die Arbeiter ihr Brot verschlingen mußten, ist nun eine 1/2-stündige Frühstück- und Besperzeit eingeführt. Eine bessere Beteiligung an der Organisation und ihren Arbeiten hätte sicherlich einen besseren Abschluß bei diesem Streik ermöglicht. Es ist in dieser Beziehung in Gmünd viel versäumt worden.

In Danzig hat die Firma Schönb erg u. Domanski, sowie alle übrigen Firmen, welche Holzgeschäfte mit Sägewerk besitzen, die bislang geltenden Lohnsätze herabgesetzt. Die Arbeitszeit war im Sommer von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, mit einer Unterbrechung durch eine zweistündige Mittagspause und je eine einhalbständige Besper- und Frühstückspause. Es gab 3,50 Ml. Lohn. Die Arbeitszeit soll nun von 7 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abends dauern bei 2,50 Ml. Lohn, oder von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abends bei 2 Ml. Lohn, anstatt wie bisher 3 Ml. Tagelohn. Die Geschäftsleitungen erklären, wer nicht dafür arbeiten will, der ist entlassen. Die Verbandsmitglieder haben die Arbeit eingestellt. Die seitherigen Lohnsätze waren vor dem Einigungsamt mit den Unternehmern vereinbart.

Das Portland-Zementwerk Heidelberg vormals Schifferdecker soll, wie die „Kölner Volksztg.“ zu melden weiß, etwa 400 Arbeitern gefindigt haben, außerdem soll der Nachtbetrieb eingestellt sein.

Kolleginnen und Kollegen, denkt an den Streifonds. Neben dem Pflichtbeitrag werden freiwillige Zuwendungen mit dem größten Dank entgegengenommen. Außerdem sind Marken à 25 und 50 Pf. stets von uns zu beziehen.

Zur Agitation werden unentgeltlich und portofrei zugesandt: Der „Beckus“, ein Flugblatt an die Arbeiterinnen, und Aufnahmescheine.

Korrespondenzen.

Schleswih. Sonntag, den 22. September, tagte unsere Mitgliederversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Es fand eine lebhafte Diskussion über die letzte Abrechnung statt, die bis auf einen Beitrag von 2,70 Ml., welcher zu viel nach Hannover gesandt worden ist, für richtig anerkannt wurde. Hierauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen und wurden zu erstteme Anthe die Kollegen Bebold, Schwarze und Heinze, als Revisoren die Kollegen Wille, Bernhardt und Stegner vorgeschlagen. Des weiteren fungirt Kollege Heinze noch als Hilfsklassier für Wehlitz und Umgegend und Kollege Hoffschulz wird die Kolportage besorgen. Nach gegenseitiger Aufmunterung, dem Verbande treu zu bleiben, in der Agitation für denselben nicht zu erlahmen, damit die uns noch fernstehenden Kollegen sich baldigst anschließen möchten, trat kurz nach 7 Uhr Schluß der Versammlung ein.

Stettin. Sonntag, den 22. September, hielten wir eine Mitglieder-Versammlung beim Kollegen Schmidt ab. Kollege Schneider hielt einen Vortrag über das Thema: „Moses oder Darwin“. Unter „Verbandsangelegenheiten“ trat Kollege Klünder dafür ein, daß die Kollegen sich besser bei der Steuer für den Streifonds beteiligen sollten. Kollege Schneider teilte der Versammlung mit, daß er in nächster Zeit eine Sitzung mit den Bevollmächtigten der benachbarten Zahlstellen abhalten wird. Er beantragte gleichzeitig, den Bevollmächtigten eine Vergütung aus der Lokalkasse zu gewähren. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Kollege Klünder forderte dann die alten Kollegen auf, dem Verbande treu zu bleiben und nicht auszutreten.

Werder. Die Versammlung vom 28. September hatte den Fall Kornemann zur Erledigung zu bringen. Derselbe soll Streitbruch begangen haben auf einem Bau, auf dem es wegen Maßregelung des Baudeputierten zur Verhängung der Sperrre gekommen war. Kornemann nahm Arbeit bei dem Unternehmer Zimmermann, der die Ausbaubarbeiten übernommen hatte. Dessen Arbeiter waren unorganisiert und klammerten sich um die Sperrre nicht. Sie machten die Arbeit der Streikenden mit. Kornemann hat nicht direkt diese Arbeit

Geschäftsinsolvenz pro 3 gespalt. Seite oder deren Raum 25 Pf. für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Einnahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaistr. 46.

10. Jahrg.

gemacht. Es wird ihm aber eine Blöße erheldt. Da Kollege Kornemann eine befriedigende Erklärung abgibt, so wird der Fall als erledigt angesehen. Der Unschuldiger des Kollegen Kornemann war nicht erschienen.

An die Zahlstellen des Gaues 15.

Dem Wunsche verschiedener Zahlstellen entsprach tragenb. hat der Gauvorstand eine Agitationstour bereitet. Für diese Tour, welche vom 1. bis 18. November dauert, hat Kollegin Bieg aus Hamburg das Referat übernommen. Die Tagesordnung für alle Versammlungen lautet: „Der Kampf ums Dasein während der Krise.“ Wir fordern nun die Ortsverwaltungen wie auch die Mitglieder auf, energisch in die Agitation einzutreten, vor Allem aber das den Zahlstellen zugesandte Material recht anwendungspflegend zur Werthebung zu bringen. Außerdem bitten wir die Zahlstellen, da wo eine gut verbreitete Arbeiter-Zeitung ist, diese Versammlung durch eine Annonce bekannt zu machen.

Der Gauvorstand hat nun für diese Tour alles gethan, was in seinen Kräften stand. In den Kollegen in den Zahlstellen liegt es nun, durch rührige Agitation dafür zu sorgen, daß zahlreich besuchte Versammlungen zu Stande kommen, dann kann der materielle und moralische Erfolg für den Verband nicht ausbleiben. Deshalb rufen wir den Kollegen nochmals zu: Frisch auf, Kameraden, an die Arbeit!

Der Gauvorstand.
J. A.: Martin Knöbel,
Bettinastraße 24.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse giugen seit dem 1. Oktober folgende Beiträge ein:

Hamburg-St. Georg 524,60. Osterried 25,-. Ostenstadt 10,20. Rotherburgsort 923,11. Schiffbek 413,05. Marne 161,20. Langenhäule 74,60. Ohlstedt 20,30. Sonneborn 13,-. Barmbeck gesammelt von sämtlichen Zahlstellen 300,-. Egelsberg 20,-. Braunschweig 1819,10. Pinneberg 120,30. Waldheim 50,15. Ohlstedt 42,50. Marne 1,20. Unterlüßheim 47,72. Bautzen 26,75. Stolzen 49,65. Coswig 66,65. Lügel 108,95. Neuhörstieg 886,20. Wandsee 229,40. Niederndobede 78,96. Elmshorn 184,64. Augsburg 31,02. Borby 13,45. Mannheim 96,10. Belgard 40,90. Sübed 800,-. Jahn 90,90. Gutin 89,70. Streitk 57,45. Sübed 477,31. Ualen 16,80. Arnstadt 4,-. Magdeburg 515,97. Marktstädt 878,35. Harkurg 322,21. Hamm 741,40. Charlottenburg 324,05. Neumünster 120,59. Geesthacht 313,79. Mühlheim a. M. 65,-. Ohlsdorf 43,85. Kaiserlautern 19,15. Auhla 14,21. Lorch 8,-. Heddernheim 126,35. Barmbeck gesammelt von sämtlichen Zahlstellen 157,15. Coputh 111,25. Spentade 200,55. Oggelshausen 51,55. Anderten 24,45. Höchst a. M. 20,-. Polizeibonnement 6,07. Kellinghusen 158,16. Hamm 100,-. Holzen 70,75. Nienburg a. W. 66,46. Mühlendorf 57,65. Schweinfurt 49,05. Pommereydorf 8,80. Wandsbek 1066,95. Cannstatt 19,70. Colberg 494,45. Dessau 325,21. Spener 288,95. Schutup 125,55. Danzig 110,20. Cölln 95,55. Brunsbüttel 97,57. Bruckmühl 16,45. Cattenstedt 14,40. Kreuznach 13,37. Golditz 24,57. Holz 43,-. Hamburg 55,46. Bernburg 196,07. Ostenstadt 110,80. Schell 78,08. Bavenburg 93,41. Spandau 25,80. Gauting 29,90. Altenplaten 32,10. Georgsweder 77,-. Harcha 13,30. Ohlstedt 68,90. Neustadt i. H. 27,55. Homburg v. d. Br. 25,55. Pfungstadt 77,80. Naguhn 43,90. Krempelsdorf 130,51. Linden 716,65. Freiberg 6,-. Mühlhausen 1,50. Blankenberg 138,59. Lüttlam 100,30. Fürstenberg 182,50. Bechau 2,15. Bechau 72,45.

Schluß Dienstag, 15. Oktober, Nachmittags 12 Uhr.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Agitation gebiet II (Königreich Sachsen). Geldsendungen sind an Kollegen Wadewitz, Dresden, Wernerstraße 29, 2. Et., zu senden.

Gau 2 (Sitz Braunschweig): Kassirer Gustav Bonke, Al. Döringstr. 2, 1. Et.

Augsburg: Reisegeschäft wird bei Faver Köhler, Gasthaus zum Biermarkt, Brückstra. 10, verabfolgt.

Bernburg: Ed. Fähnrich, Stiftstr. 76, Part.

Bitterfeld: Franz Günther, Burgstraße 40.

Borby: J. Kraulsen, Kopplerweg.

Dessau: Wilh. Haase, 1. Bevollmächtigter, Törteneistr. 29.

1. Et. Dr. Hiltz, 2. Bevollmächtigter, Sandstr. 5, Part.

Halle (Süd): Gust. Lößler, Schülershof 10, 2. Et.

Hannover-N.-O.: Karl Lamp, Heisenstr. 29, 1. Et.

Kaiserslautern: Das Reisegeschäft wird bei Peter Wolf im Gewerbeschiffhaus „In den drei Mohren“ ausgebahlt.

Kassel: Peter Graf, Moritzbastei 19, 1. Et.

Kelheim: Andreas Gruber.

München: Hans Neundlinger, Schwanthalerstr. 80, 2. Flg.

Neumünster: Th. Kleen, Schützenstr. 27.

Ruhla (Gau 11): Max Böhme, Marienstr. 47.

Schiffbek: E. Stamm, Mühlweg.

Schwedt a. O. (Gau 9): Karl Ulrich, Vertrauensmann, Ritterstr. 21.

Strelitz: W. Freese, Bauhof 354.

Waldbheim: Hans Piech, Höhestr. 5.

Weissenfels: Bruno Münder, Höhestr. 57.

Wilhelmsburg-Neuhörstieg: Julius Pape, Begeleitungenstr. 87.

Witten: G. Siekle, Klosterhof.

Züllichau: August Becker, Bahnhstr. 4, 3. Et.

Briefkasten.

Das Mitglied Wilhelm Kubisch, B.-Nr. 96 388, eingetreten in Delmenhorst am 1. Juli 1900, wird aufgefordert, die 1,35 Ml., welche es sich in Eschershausen auf nicht einschlagsweise Art verschafft hat, an den Bevollmächtigten W. Warneck in Eschershausen einzuzahlen.

Einnahme.

Abrechnung für das 2. Quartal 1901.

Ausgabe

| Satzstellen. | Quartals-Nr. | Einnahmen | | | | | | | | | | | | Ausgaben | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------|--------------|-----------|--------|---------|--------|---------|--------|---------|--------|---------|--------|---------|--------|----------|--------|---------|--------|---------|--------|---------|--------|----------|--------|---------|--------|------|-----|------|----|----|----|
| | | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | in. Pf. | m. Pf. | | | | | | |
| Altburg | 2. | 460 | 264 | 75 | 22 | 35 | — | 20 | 65 | 12 | 50 | — | — | 924 | 76 | 5148 | — | 26 | 1 | 165 | 44 | 33 | 10 | 322 | 26 | 161 | 22 | 795 | 5 | | |
| Altton | 2. | 540 | 323 | 10 | 42 | 45 | — | 36 | 10 | — | — | — | — | 407 | 5 | 980 | — | 121 | 35 | 289 | 30 | 86 | 10 | 407 | 5 | 176 | 45 | 1045 | 10 | | |
| Altton | 2. | 150 | 79 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 945 | — | — | — | 26 | 55 | 680 | — | 945 | 5 | 5 | 20 | 14 | — | — | | | |
| Alsfeld a. L. | 1.-2. | 270 | 50 | 25 | 6 | — | — | 10 | 495 | — | — | — | — | 64 | 14 | 80 | — | 16 | 75 | 25 | 50 | 495 | 84 | 12 | 3 | 160 | 1 | 275 | 5 | | |
| Altmendorf | 2. | 390 | 102 | 90 | 24 | 8 | — | — | 635 | — | — | — | — | 115 | 63 | 17 | 10 | 55 | 12 | 74 | 16 | 635 | 115 | 63 | 55 | 5 | 5 | 25 | 3 | | |
| Gr. Einneichen | 1.-2. | 570 | 90 | 975 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1910 | — | 2080 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Enderten | 2. | 6 | 288 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2680 | — | 229 | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 17 |
| Wentzende | 2. | 1260 | 180 | 95 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 313 | 10 | 64 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 |
| Wiesbaden | 2. | 90 | 39 | 60 | — | — | — | — | 255 | 5 | — | — | — | 4865 | 8 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 8 |
| Wiesbaden | 2. | 1449 | 387 | — | — | 4770 | — | — | 2450 | — | — | — | — | 473 | 60 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Alten | 1. | 360 | 119 | 10 | 1 | 5 | — | — | 1025 | — | — | — | — | 134 | — | — | — | — | 25 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 13 | |
| Barmbeck | 2. | 1380 | 994 | 35 | 143 | 51 | — | 10275 | — | — | — | — | 2650 | — | — | — | — | 40 | 5 | 1065 | 12 | 1280 | 70 | 10275 | 25 | 678 | 165 | 3910 | 17 | | |
| Bachang | 2. | 690 | 310 | 165 | — | — | — | — | 50 | — | — | — | — | 5128 | 5 | 86 | — | 880 | 80 | 610 | — | 1910 | 1 | 190 | 265 | 17 | 55 | 13 | — | — | |
| Barmstedt | 1. | 648 | 510 | 37 | 50 | 165 | — | — | 55 | — | — | — | — | 7075 | 230 | — | — | 2057 | — | 13 | 5 | 643 | 22 | 34 | 55 | 5123 | 2 | 145 | 17 | | |
| Bergedorf | 2. | 24 | 1134 | 30 | 43 | 28 | — | 8720 | — | — | — | — | 1288 | 78 | 5 | — | 30252 | — | 666 | 56 | 8720 | 1288 | 78 | 740 | 54 | 31 | 15 | 55 | 17 | | |
| Berlin | 2. | 5250 | 692 | 20 | 10 | 65 | — | — | — | — | — | — | 80350 | 70 | 105 | — | 28695 | — | 8680 | 80 | 880 | 15 | 80950 | 50 | 445 | 19 | 13 | 5 | 8 | | |
| Bismarck | 1. | 80 | 19 | 95 | 1 | 65 | — | — | 175 | — | — | — | — | 2365 | — | — | — | 950 | — | 172 | 1585 | 235 | 3512 | 12 | 80 | 17 | 55 | 16 | — | — | |
| Bischdorf | 2. | 115 | 90 | 27 | 46 | 1 | 95 | — | — | 235 | — | — | — | — | 3410 | — | — | 720 | 1 | 115 | 1955 | 1095 | 17355 | 55 | 88 | 3 | 4 | 5 | 2 | | |
| Bielstein | 2. | 1027 | 360 | 22 | 20 | — | — | 1095 | — | — | — | — | 17355 | 186 | — | — | 70815 | — | 1381 | 74 | 177 | 10255815 | 11990 | 39 | 57 | 55 | 2 | 12 | | | |
| Biesenbaum | 2. | 6160 | 153 | 60 | 24 | 0 | — | — | 50 | 177 | 10 | — | — | 2358 | 15 | 1116 | — | 30 | 50 | — | 1185 | 2460 | 195 | 3840 | 22 | 1 | 185 | 17 | | | |
| Biberbüdelsdorf | 4. | 150 | 26 | 70 | 1 | 5 | — | — | 65 | — | — | — | — | 3840 | — | — | 1766 | — | 3926 | 470 | 69 | 3880 | 15 | 7 | 280 | 6 | — | — | | | |
| Bickendorf | 1. | 115 | 240 | 44 | 55 | 455 | — | 20 | 80 | — | — | — | — | 5930 | 1 | 45 | — | 3477 | — | 7785 | 875 | 12322 | 68 | 7 | 280 | 5 | 1 | 195 | 15 | | |
| Bodenheim | 2. | 175 | 150 | 52 | 5 | 120 | — | 280 | — | — | — | — | 8924 | 62 | — | — | 2372 | — | 52 | 50 | 725 | 175 | 5950 | 12 | 47 | 5 | 195 | 17 | | | |
| Borby | 2. | 50 | 480 | 67 | 65 | 630 | — | 725 | — | — | — | — | — | — | — | — | 70815 | — | 1381 | 74 | 177 | 10255815 | 11990 | 39 | 57 | 55 | 2 | 12 | | | |
| Braunschweig | 2. | 5610 | 2908 | 5 | 116 | 40 | — | 50 | 177 | 10 | — | — | — | 3025 | — | — | 1185 | 2460 | 195 | 3840 | 22 | 1 | 185 | 17 | — | — | | | | | |
| Brunnsmühle | 2. | 96 | 33 | 60 | 1 | 95 | — | — | 195 | — | — | — | — | 69 | 139 | — | — | 1766 | — | 3926 | 470 | 69 | 3880 | 15 | 7 | 280 | 6 | — | — | | |
| Brunsbüttelvoog | 2. | 165 | 360 | 52 | 95 | — | — | 10 | 470 | — | — | — | — | 12322 | — | — | 3477 | — | 7785 | 875 | 12322 | 68 | 7 | 280 | 6 | — | — | | | | |
| Brunnsmühle | 2. | 565 | 460 | 100 | 50 | 382 | — | 875 | — | — | — | — | 7768 | — | — | 2372 | — | 52 | 50 | 120 | 15 | 5950 | 12 | 47 | 5 | 195 | 17 | | | | |
| Broich | 1. | — | — | 60 | 60 | 30 | — | 488 | — | — | — | — | 15 | — | — | — | 8030 | — | 8090 | 80 | 280 | 5950 | 12 | 47 | 5 | 195 | 17 | | | | |
| Braunlage | 2. | 545 | 107 | 10 | 5 | 25 | — | — | 380 | — | — | — | — | 121 | 55 | — | — | 3745 | — | 8090 | 80 | 280 | 5950 | 12 | 47 | 5 | 195 | 17 | | | |
| Brauer | 2. | — | — | 29 | 10 | 1 | 95 | — | — | 460 | — | — | — | — | 3025 | — | — | 3430 | — | 10430 | 940 | 145 | 116 | 1 | 265 | 8 | — | — | | | |
| Calden | 2. | 3570 | 102 | 35 | 45 | — | — | 940 | — | — | — | — | 148 | — | — | 2750 | — | 5890 | 765 | 945 | 48 | 6 | 116 | 1 | 210 | 8 | — | — | | | |
| Cappel | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

ଓଡ଼ିଆ ଲେଖକ

Beilage zum Proletarier.

Hannover, 19. Oktober 1901.

Nº 21.

10. Jahrg.

Ein für die Gewerkschaften

interessanter, für das Koalitionsrecht bezeichnender Prozeß kam am 3. Oktober vor der Strafammer zu Sachsen zur Verhandlung. Es waren angeklagt: 8 Bevollmächtigte der Zahlstelle Freivaldau und die Vorstandsmitglieder Brey, Sac und Bruns. Erstere erschienen hinreichend verdächtig, a) die Aenderungen in dem Verzeichnis der Mitglieder innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit nach dem Eintritt der Aenderungen der Ortsbehörde in Freivaldau nicht zur Kenntnis eingereicht zu haben, b) Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen zu haben.

Die Angeklagten Brey, Sac und Bruns wurden beschuldigt, als Vorstandsmitglieder weder das Besiehen der Zahlstelle Freivaldau noch das Verzeichnis der Mitglieder derselben innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit nach der Errichtung der Zahlstelle und nach dem Eintritt der Aenderungen der Ortsbehörde in Hannover angezeigt bzw. eingereicht zu haben; Übertretung bezw. Vergessen gegen die §§ 2, 8a, 13 und 16 der Verordnung vom 11. März 1890. Als Belastungszeugen traten auf Amtsrichter Heinz aus Freivaldau, Gemeindedienner Wulff und ein Gendarm. Als Entlastungszeuge war anwesend das Verbandsmitglied August Heinz-Siegmar, der bei Gründung der Zahlstelle und in späteren Versammlungen als Agitationssredner fungiert hatte. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten Bevollmächtigte sowohl die Gründung der Zahlstelle, als auch die ersten Mitglieder, deren 183, zur Kenntnis der Ortspolizeibehörde gebracht hatten, es aber dann aus Unkenntnis unterließen, die eintretenden und austretenden Verbandsmitglieder innerhalb drei Tagen der Ortspolizei zur Kenntnis zu bringen. Auf ihre Aufforderung sind der Beichter die Aenderungen sofort mitgetheilt worden. Es wurde also dann Beweis darüber erhoben, ob die Zahlstelle Freivaldau als Verein anzusehen sei, welcher die Errichtung politischer Gegenstände in seinen Versammlungen bezeichnet. Belastend waren die Versammlungsprotokolle, die von dem Amtsrichter nach stenographischen Notizen abgesetzt waren. Danach hat der Richter in seinen Referaten die Schulfrage, die Chinawirren, den Boerenkrieg gestreift, der Colligation vorübergehend Erwähnung gehabt, auch von den Bedürfnissen des Sozialistengesetzes gesprochen. Wie die drei ersten Angeklagten behaupteten, habe der Referent diese Dinge aber alle nur angeführt, um daran die wichtige Lage der Arbeiter, ihre Belastung und Arbeitslosigkeit zu zeigen und zu erklären, und daraus die Notwendigkeit der Organisation zu folgern. Der Angeklagte Brey — die übrigen zwei Vorstandsmitglieder waren wegen der riesigen Entfernung vom persönlichen Geschehen entbunden worden — bestritt überhaupt, daß die preußische Verordnung auf wirtschaftliche oder gewerbschaftliche Verbände anwendbar sei. Als die Verordnung erlassen, bestanden nur politische Vereine. Den Arbeitern, Gesellen, Fabrikanten und Meistern war es verboten, sich zu vereinigen. Erst seit Ende der sechziger Jahre existierte das Koalitionsrecht. Dieses habe die Errichtung gewerkschaftlicher Verbände erst ermöglicht; aus sie könne unmöglich eine Verordnung Anwendung finden, die 20 Jahre vor ihrem Bestehen bereits geschaffen worden. Nur auf solche Vereine könne sie angewandt werden, wie sie vor, während und nach dem Kampf um eine preußische Verfassung gegründet worden sind, zu dem Zweck, den Staat, seine Verwaltung und Verfassung zu beeinflussen. Ganz zu Unrecht nehme die Anklage an, daß es sich hier um einen Verein handele, der die Errichtung politischer Gegenstände bezeichnete. Der Zweck des Verbandes ergeben sich aus den Bestimmungen seines Statuts. Da heiße es im § 2: Der Verband bezeichnet die allseitige Vertreibung seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung. Dieser Bestimmung Achtung und Beachtung zu verschaffen, sei er als Leiter des Verbandes stets bestrebt gewesen. Mündlich, schriftlich, in der von ihm redigierten Zeitung, auf dem Verbandsstage habe er darauf hingewirkt, politische und religiöse Erörterungen aus den Mitgliederversammlungen auszuschließen. Werde das hier und da nun einmal nicht beachtet, so werde dadurch der Zweck des Verbandes keineswegs gestört. Übergehend zur Einreichung der Listen und der Aenderungen im Mitgliederbestand, bemerkte der Angeklagte, daß, obwohl er grundsätzlich die Pflicht zur Einreichung der Mitgliederverliste bestreite, habe er doch, um Rücksicht vor der Polizei zu bekommen, im Jahre 1900 alle Verbandsorte zur Einreichung von Listen aufgefordert. Die ihm zugesandten Listen habe er geordnet und in je 4 und 2/3 Kilo schweren Päckchen im Polizei-Präsidium überreicht. Trotzdem habe das Präsidium ein gegen den Verband vom Oberverwaltungsgericht gefasstes Urteil drucken lassen und nicht nur an die Polizeiverwaltungen derjenigen Orte in Preußen gesandt, an welchen Verbandsmitglieder sind, sondern auch nach Verbandsorten in Mecklenburg, S.-Altmark, Bayern und so weiter! Offenbar zu dem Zweck, auch die örtlichen Polizeiverwaltungen zum Einfordern der Listen zu verzwecken. Die Folge sei gewesen, daß er, der Vorsitzende, Listen nicht mehr erhalten habe. Die Bevollmächtigten hätten auf seine Aufforderung erwidert: „Wir müssen die Listen der Ortspolizei einreichen, zweimalige polizeiliche Meldungen sind gesetzlich nicht erforderlich!“ — Die Belastungszeugen räumen ein, daß der Sentenz der Vorträge immer Ausstellungen habe in der Aufforderung: Vereinigt Euch, verbessert dadurch Eure Lage! Eine Aufforderung zur Beeinflussung der Gesetzgebung des Staates sei in den Referaten nicht erfolgt. Der Referent bestreitet auch, daß ihm eine derartige Absicht geleitet habe, lediglich zur Beweisführung für die Notwendigkeit der Vereinigung zwecks Hebung der Lage der Arbeiter sei er auf alle Dinge zu sprechen gekommen. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Es beginnen die Plaidoyers. Der Staatsanwalt beantragt für die Angeklagten Brey, Sac und Bruns Strafarrest. Er beantragt für den ersten Bevollmächtigten eine Geldstrafe von 50 Mark und 1 Monat Gefängnis, gegen die übrigen eine Geldstrafe von 20 Mark eventuell 7 Tage Gefängnis und Schließung der Zahlstelle Freivaldau.

Der Berthebiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin führte in längerer Rede die Gesichtspunkte aus, die den Angeklagten zu gute kommen müssten. Eine Auffassung sei nur möglich: ein Zentralverband sei entweder ein großer Verein oder eine Menge einzelner Vereine. Wenn, wie die Rechtsprechung annahme, die einzelnen Zahlstellen selbstständige Vereine seien, so müssten beim Auftreten der gesetzlichen Merkmale des Vereinsgesetzes die Mitglieder an den Orten der Zahlstellen angemeldet werden, und zwar von den Vorstehern der Zahlstellen selbst, dagegen habe der Verbandsvorstand an seinem Sitz nur seine Mitglieder und die, die keiner Zahlstelle angehören, anzumelden.

Der Berthebiger erörterte darauf den Unterschied von Vereinen, die nach § 2 des preußischen Vereinsgesetzes zu behandeln seien, weil sie eine Einwirkung auf öffent-

liche Angelegenheiten bezeichneten und zu denen die Praxis die meisten Gewerkschaften rechnet, und den unter § 8 des Vereinsgesetzes fallenden Vereinen, die „bezeichneten politischen Gegenstände in Versammlungen zu erörtern“. „Öffentliche“ Angelegenheit sei nach dem Reichsgericht Alles, was weiter Volkskreise beträfe, „politischer Gegenstand“ sei aber nicht jede „öffentliche“ Angelegenheit, sondern nur, was das Streben auf bestimmte Gestaltung des Staates, seiner Verfassung oder seiner Gesetze enthalte. Deshalb sei nicht jede Erwähnung eines Gesetzes und nicht jede Größerung eines staatlichen Vorganges eine politische Erörterung und dies gelte namentlich von den Neuerungen, die der Redner Heinzel gethan habe. Uebrigens könnte durch solche gelegentlichen Abschweifungen eines Redners der gewollte Zweck eines Vereins nicht geändert werden. Der Berthebiger betonte besonders, daß das Streben nach Koalition der Arbeiter kein politischer Gegenstand sei. Deshalb dürfe der Verein Frauen aufnehmen und es könne weder von einer Schließung noch von einer hohen Bestraftung die Rede sein.

Das Gericht stellte sich in seinem Urteil im Allgemeinen auf denselben Standpunkt. Es nahm trotz einiger Ausführungen Heinzel's, die es politisch ansah, nicht an, daß solche Reden der Zweck des Verbandes oder nur der Zahlstelle in Freivaldau gewesen wäre. Es sprach deshalb alle Angeklagten von der Anklage, durch die Austrahme von Frauen gegen § 8 des Vereinsgesetzes verstößen zu haben, frei. Es hielt auch den Zentralvorstand in Hannover nicht für verpflichtet, die Freivaldauer Mitglieder dort anzumelden, sondern erkannte diese Meldepflicht nur in Freivaldau an. Da der Bericht gegen das Vereinsgesetz geringfügig sei und meist auf Unerschaffenheit beruhe, verurteilte es die drei Bevollmächtigten zu der geringsten gesetzlichen Strafe von je 15 Mark. Sowohl die ersten drei Angeklagten in Frage kommen, sind die Kosten der Staatsklasse auferlegt. Die übrigen drei sind zur Tragung der Kosten verurtheilt.

Die Konferenz des Gau 8

tagte am 15. September in Werder a. H. Vertreten waren 18 Zahlstellen durch 25 Delegierte. 4 Zahlstellen hatten keine Delegierte gefunden.

Um 10½ Uhr eröffnete Kollege Elbert die Konferenz. Nach einer sehr langen Geschäftsvorordnungs-Debatte wurden die Kollegen Elbert-Potsdam und Bennewitz-Rixdorf als Vorsitzende, und die Kollegen Funck-Berlin und Pohl-Charlottenburg als Schriftführer gewählt.

Hierauf gab Kollege Elbert den Bericht des Gauvorstandes. Aus demselben ging Folgendes hervor: Es wurden 4 neue Zahlstellen gegründet: Brandenburg, Gallinchen-Möhlen, Freienwalde und Mühlendick. Eingegangen sind die Zahlstellen Rüdersdorf und Wansee, leichtere durch die Gegenagitation des Bauarbeiter-Verbandes. Versammlungen wurden an verschiedenen Orten 40 abgehalten. Es gingen ein 86 Briefe, 52 Karten, 4 Packete, 5 Depeschen und 15 Drucksachen; abgesandt wurden 168 Briefe, 82 Karten, 4 Packete, 8 Depeschen, 12 Drucksachen und 10 Gilbriebe. Der Gauvorsitzende hatte eine Einnahme von 592,40 M. und eine Ausgabe von 475,70 M., sodass ein Kassenbestand von 116,70 M. verbleibt. Nach einer längeren Debatte, in welcher sich alle Redner darüber beschwerten, daß die Konferenz nicht im „Proletarier“ bekannt gegeben wurde, die Einladungen an die Zahlstellen auch zu spät erfolgt seien, wurde der Antrag Weihenjees: „Der Gauvorstand ist verpflichtet, die Konferenz in zwei vor der Konferenz erscheinenden Nummern des „Proletarier“ zu publizieren, die bisherigen schriftlichen Einladungen fallen dafür fort“, angenommen.

Hierauf trat um 1 Uhr die Mittagspause ein. Um 2 Uhr eröffnete Kollege Bennewitz die Nachmittagssitzung. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Anträge, lag ein Antrag der Zahlstelle Rixdorf vor. Derselbe verlangte, daß zur nächsten Konferenz ein Referat und Korreferat über die Arbeitslosen-Unterstützung bestellt werden solle. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte, in welcher sich die meisten Redner dagegen aussprachen. Auf Antrag Funck-Berlin wurde namentlich abgestimmt und der Antrag mit 21 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Dafür erklärten sich die Vertreter von Nowawes, Rixdorf, 3. Pohl-Charlottenburg und Funck-Oranienburg, während alle übrigen Delegierten dagegen stimmten. Ferner lag ein Antrag der Zahlstelle Charlottenburg vor, den Hauptvorsitzenden zu beauftragen, eine Agitationstour durch die Provinz Brandenburg zu unternehmen, im Behinderungsfalle die Kollegin Bieck damit zu beauftragen. Die Kosten haben die Zahlstellen selbst zu tragen. Der Antrag wurde von Pohl-Charlottenburg begründet; Bennewitz-Rixdorf, Bernick-Eckner, Scheel-Charlottenburg, Elbert-Potsdam und Michalek-Freienwalde sprachen dafür, indem sie zum Theil befürworten, den letzten Paus zu streichen und die Kosten der Zentralstelle aufzuerlegen. Funck und Weihenje-Berlin, Recke-Weihenje und Krakau-Potsdam hielten den Antrag für überflüssig und auf Anregung des Kollegen Funck-Berlin wird der Antrag seitens der Charlottenburger Delegierten dahin geändert: Der Gauvorstand hat eine Agitationstour durch den Gau seitens der Frau Bieck zu veranstalten. Die Kosten hierfür tragen die Zahlstellen selbst. Der so geänderte Antrag wurde mit 17 gegen 8 Stimmen angenommen. Der 2. Theil des Antrages: Sollte eine Zahlstelle nicht im Stande sein, die Kosten hierfür aufzubringen, so hat der Gauvorstand einzutreten, wurde mit 19 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der 3. Punkt: Wahl des Vorsitzenden, ergab als Resultat die Wiederwahl des Kollegen Elbert mit 20 gegen 7 Stimmen, welche auf Kollegen Funck-Berlin fielen. Die Punkte 4 und 5 wurden zusammengelegt und zudem meist Beschwerden wegen der Kampfweise einiger Verbände gegen uns geführt. Im letzten Punkt wurde beschlossen, die nächste Konferenz am Charfreitag in Rixdorf abzuhalten.

Nach einem Schlusshoer des Vorsitzenden wurde die Konferenz um 5½ Uhr mit einem Hoer auf den Verband geschlossen.

Der Gau 17

hielt am Sonntag im Lokale von Schröder, Schodenstraße, in Kiel seine Konferenz ab. Außer dem Gauvorstande waren 32 Delegierte aus der Provinz, sowie Hamburg und Umgegend erschienen. Der Vorsitzende des Gau 17, V. O. G. - Hamburg, eröffnete die Konferenz um 11 Uhr Vormittags. In das Bureau wurden gewählt: V. O. G. als erster Vorsitzender, Niemann als zweiter Vorsitzender und Ahrens als Schriftführer; sämmtliche Drei aus Hamburg. Als Führer der Rednerliste fungierte Klinge-Gübel. Aus dem Bericht des Gauvorsitzenden ergiebt sich, daß der Gau im vergangenen Jahr eine Zunahme von 3 Zahlstellen zu verzeichnen hat, und zwar sind solche in Rostock, Heide und Ohlstedt neu errichtet worden. In Segeberg und Schnaken steht die Errichtung von Zahlstellen in Aussicht. Die Zahlstelle in Osdorf mußte wegen schwacher Beteiligung der Mitglieder aufgelöst werden. Es werde praktisch sein, die kleinen Zahlstellen ab und zu durch

einen Vorstandsmitglied zu revidieren. Es sei nicht angängig, dieses durch die zur Agitation hingehenden Referenten vornehmen zu lassen. Die über die Lage auf Holzplätzen, in Holzbearbeitungsgeschäften beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angestellten statischen Erhebungen lassen eine kräftige Agitation unter dieser Arbeiterklasse als notwendig erscheinen. Zwischen Oster und Pfingsten habe der Vorstand auch eine Agitation unter den in den Bleichereibetrieben in Winterhude und anderen Vororten Hamburgs beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen vornehmen. Dadurch habe der Verband ca. 600 neue Mitglieder gewonnen. Da aber in Winterhude bereits eine Lokalorganisation der Bläserinnen und Bleichereiarbeiter bestand, habe man auf deren Verlangen dort eine Sektion gegründet. Wenn es gelingt, die sämtlichen in der dortigen Gegend beschäftigten Leute dieser Branche zu organisieren, werde der Verband auf einen Zuwachs von 3000 bis 3500 Mitglieder rechnen können. Nachdem der Referent noch einige Mitglieder in den Zahlstellen gerügt, konstatierte er am Schlusse seiner Ausführungen, daß der 17. Gau gegenwärtig 46 Zahlstellen mit 7333 Mitgliedern männlichen und 1030 Mitgliedern weiblichen Geschlechts umfaßt. Der durch den Kassier des Gau 17, Niemann, erstattete Kassenbericht ergab für das vergangene Jahr eine Einnahme von 957,80 M. und eine Ausgabe von 795,64 M., so daß ein Kassenbestand von 162,16 M. verblieb. In der Ausgabe befindet sich ein Posten von 10 M., die ein Bleichereiarbeiter als Gerichtsvorschuß gewährt worden sind. Der Betreffende ist von seinem Arbeitgeber durchgeprüft worden, weil er in einer Versammlung die in dem Betriebe herrschenden Missstände kritisiert hatte. Der Arbeitgeber hat deshalb gegen den humanen Arbeitgeber Klage eingereicht. Dem Kassier wurde auf Antrag der Delegierten Deckung ertheilt. Von einem Bericht der Delegirten wurde abgesehen, und es gelangte gleich der 4. Punkt der Tagesordnung, Agitation, zur Verhandlung. Die Gründung der Sektion der Bleichereiarbeiter in Winterhude rief eine eingehende Debatte hervor. Mit einer einzigen Ausnahme erklärten sich sämtliche Delegirte gegen die Gründung von Sektionen überhaupt. Die Ansicht ging dahin, daß diejenigen Arbeiter, die für ihre Branche die Gründung von Sektionen verlangen, von dem Prinzip der Solidarität, dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, noch keineswegs durchdrungen sind. Der Vorsitzende erklärte, daß die Sektion vorläufig nur provisorisch eingerichtet werden sei. Der Vorstand habe sich dazu veranlaßt gemacht, um wenigstens in Eins einer Erfolg für die aufgewendeten Mittel und die Arbeit zu erzielen. Es gelangte schließlich folgende von Elmeyermann-Wandschel eingereichte Resolution zur Annahme: Die Konferenz beschließt, daß die im Bleichereigewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sich dem Verband wie andere Mitglieder und nicht als Sektion anzuschließen haben. Es provvisorische Sektionen errichtet worden sind, haben die betreffenden Zahlstellen dahin zu wirken, daß bis zur nächsten Konferenz die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen als allgemeine Mitglieder dem Verband einverlebt sind.“ Angekommen wurde ferner ein von der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort gestellter Antrag, der dahin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen. Der Antrag der Zahlstelle Rösenburg-Borsigsort, der dazin geht, daß überall in den Werkstätten Versammlungen abzuhalten sind, wenn irgend möglich, gleich nach beendet Arbeitszeit. Bei der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es schwer halte, die indifferenteren Arbeiter in die gewöhnlichen Versammlungen hineinzubringen

cht werden kann, ob das betreffende Mitglied Interesse für unsere Versammlungen behält.

Bacnang. Am 6. Oktober tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Wörner aus Hannover über den Kampf ums Dasein und die Notwendigkeit der Organisation referierte. Er führte aus, daß der Kampf ums Dasein immer mit dem Siege des Stärkeren über den Schwächeren endet und daß dieser Kampf ein Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung werden müsse. Dazu aber sei eine Vereinigung der Arbeitnehmer und Arbeiter innerhalb der Organisation notwendig, damit sie geschlossen dem Unternehmertum gegenüberstehen können. Mit einer Aufrüttung an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, schloß der Redner. Nachdem auch der Vorsitzende der Versammlung zur Teilnahme an der Organisation aufgefordert hatte, ließ sie eine Anzahl Personen als Mitglieder anstreben. Auch hier wäre es an der Zeit, daß die Arbeiter aufwachten aus ihrem geistigen Schlaf, denn die Lohnverhältnisse und die Zustände, insbesondere die Behandlung lassen viel zu rohnischen übrig.

Bergedorf. Am 14. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Soziale "St. Petersburg". Zur Generalversammlung sprach der Koll. Kristmann. Aus den Ausführungen war zu entnehmen, daß bereits die Summe von 669 M. als Unterstützung an unsere hier bestellten Mitglieder ausbezahlt worden ist. Ferner verfasste der Kollege ein Schreiben des Kollegen Wirthal. Dieser führt in dem Schreiben festgehalten, daß ihm die Streitunterhaltung vornehmlich sei. Die Versammlung befandet aber ihr Einverständnis mit der Einstellung der Unterhaltung an Kollegen Wirthal. Als Delegierter zur Gauversammlung in Ciel wurde Kollege Kristmann gewählt. Die Feier des 10jährigen Sitzungstages wurde auf Ende November festgesetzt. Das Mitglied Möller wurde wegen eines Verhaltens gegenüber den Glasarbeitern aus dem Gremium A. entgangen zu Theil.

Borsig. Am 6. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Als Bevollmächtigte kamen in Borschig die Kollegen Krausen, Brill und Reijer. Die vorgelegte Abhandlung wurde bestätigt und daraus die Delegierten zum Amt gewählt. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung für Beibehaltung des Gewerkschaftsvertrags, dessen Auslösung herbeizuführen sich einige Personen angelegen seien.

Cöthen. Im "Goldenen Engel" tagte am 28. September unsere Mitgliederversammlung. Es wurden zunächst die Bevollmächtigten und Beisitzer in Vorschlag gebracht. Als erster Bevollmächtigter wurde der Kollege Helle gewählt. Der Vortrübericht ergab, daß der Kartellvorsteher, Schrifftreiber habe, einen Betriebsvertrag abgeschlossen hat; man hat beschlossen, ihn dem Gerichte zur Aburteilung seines Rechtes zu übergeben, falls er die unterschlagene Summe in der festgesetzten Frist nicht bezahlt hat.

Cux.ig. Am 22. September tagte unsere Mitgliederversammlung im Soziale des Herrn J. Stephahn in Schmölln. Es wurden die Bevollmächtigten in Vorschlag gebracht und zwar als erster Kollege Adolf Schatz, als zweiter Kollege Schwarz, als dritter Kollege Adolf Haberl. Daraus referierte Kostenfertiger A. Bartel über "Die wirtschaftliche Krise". Bei der Behandlung des Themas kam er auch auf das vertragte Banzig an. Die Firma Powlenkoff, Holzgewicht und Söhne, ist in Konkurs geraten. Die Masse beläuft sich auf etwas über zwei Millionen Mark. Daron soll der Verbleib von 10.000 Mark nicht zu erwarten sein. Die in dem betreffenden Betriebe beschäftigten Holzarbeiter sollen sich vorzugsweise nach jenen machen, welche die umgesetzten Riesenfirmen verdienten, welche in die Taschen anderer wanderten. Zur Zeit als das Gesetz noch galt, da sind die Weichholzarbeiter aus dem Verbande ausgegrenzt. Nun wird ihnen das Doppelte dessen abgezogen, was die Verbandsarbeiter ausmachen. Unter "Betrügerei" wurde die Errichtung einer Franken-Zulufkasse angeregt. Der Kollege Schatz meinte, wenn jedes Mitglied eine Mark als Grundstock beisteuert und dann jede Woche 10 Pf. Beitrag innerhalb 7 Monate im Jahre zahlt, so könnten 45 Mark Krankenzuschuß an die erkrankten Mitglieder bezahlt werden. Die Kollegen Schwarz, Siebel und Haberl kritikten der Gründung entgegen, indem sie die Meinung vertraten, der Zusatz des Unterstützungsvertrags sei Ende des Verbandstages. Mit einem Hauch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen. — Ein besonderes Talent zum Auskunftskenntnis hat der Vorsitzende des Gewerbehause zu besitzen. Ja diesem, Herr Löffel ist sein Name, begaben sich zwei Kollegen, um ihm einen der großen Säle abzumieten, um darin eine Versammlung abzuhalten. Herr Löffel sprach auch den Saal an. Die Leute, im Innern der Stadt eine Versammlung abhalten zu können, war groß, sollte aber nur von langer Dauer sein. Denn bereits am anderen Tage kam eine schriftliche Abfrage.

Nach eingezogenen Erfundungen ist der Verein als sozialdemokratisch bekannt und können Sie bei mir für den 15. September den Saal nicht haben.

A. Topf, Gewerbehaus.

Da Herr Löffel seine Erfundungen eingeholt hat, haben wir nicht einzutreten. Als einer diesbezüglichen, zuverlässigen Quelle muß die Kunstfertigkeit stimmen. Denn sie reicht ganz daraus.

Friedberg. Sonntag, den 28. September, tagte unsere Mitgliederversammlung. Der 1. Beauftragte Kollege Löffel gab einen Bericht über das vergangene Jahr. Er schrieb: "Im Großen und Ganzen können wir mit der Entwicklung, die letzte Zehnstelle genommen hat, zufrieden sein. Es sind 31 zugehörige Mitglieder vorhanden. Die Beiträge sind ebenfalls gut eingesogen. Wenn an einem Ort eine Neugründung erfolgen wird, dann wird eine große Agitation nötig. Ich hoffe man anzutreten sollte, die neu gründete Organisation wäre bald die stärkste am Ort sein; geht es aber an die Errichtung der Zulufkasse, so ziehen wir viele zurück. Die Arbeitgeber möchten ja nur, daß sich die Arbeiter nicht organisieren, denn unorganisierte Arbeiter lassen sich besser behandeln. Die ganze Bedeutung des Unternehmers gegenüber den Arbeitern ist eine andere, wenn der erste weiß, daß er die organisierten Arbeiter gegenüberstand. So wie die Mitglieder bislang ihre Schuldigkeit getan haben, so müssen sie nun auch fortsetzen, diese Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Es werden dann die Bevollmächtigten in Vorschlag gebracht.

S. T. erg. Die Versammlung, welche am 29. September tagte, nahm einen Antrag an, nach welchem alle Kollegen, die wiederum in den Kartell eintraten, die inzwischen entstandenen Masse befreien müßten. Im nächsten Jahre soll die Wissensfrage, 27 Pf. Stundenlohn und für Weiberarbeiten eine Zulufkasse von 30 Pf. gefordert werden. Nachdem die Beauftragten und Beisitzer in Vorschlag gestellt waren, wurde auch bestimmt, den Sitzungen Beifall zu entzögeln.

Hannover. Am 19. September abgehaltenen Mitgliederversammlung im Soziale des Herrn Körte, Dr. Otto Bleicher, referierte Herr Paulsen über: "Die Gründung der Gewerkschaftsverbände." Dem Redner ward für seinen Vortrag alljähriger Preis zu Theil. Hiermit erfüllte Kollege Körten den Auftrag. Bei der Kritik zur Ausarbeitung im Amt europäischer eine lebhafte Debatte, indem Körte vorwarf, daß die Kritik der Sitten ein Gewissen erfordere zu lassen, während Kollege Körten nichts bestreite, doch der Vortrag auf der Kritik; dafür erwiderte, daß nur 5 M. auf die Kritik entfallen würden. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Als Delegierte wurden Körten und Körten vorgeschlagen; da noch Eintrittsgeld in Körten Körten verzögerte, wurde Körten bestimmt.

Uhrrens einstimmig als Delegierter gewählt. Die Abrechnung von unserer Dampfertour gab Kollege Möller, und ist daraus zu ersehen, daß wir leider mit einem Defizit von 19.25 Mark abgeschlossen haben. Es wurde dann aus dem Soziale Tour im nächsten Jahre abgesehen, und der Festsaal, bestehend aus den Mitgliedern K. Döring, F. Möller, Behrmann, Frau Dünninghaus und Wenzing, bewilligt, sich nach diesen gesagten Kosten in der Umgegend Hamburgs umzuziehen. Es wurden dann noch einige interne Sachen verhandelt, und stand hierauf Schluss der Versammlung statt.

Höchst. Zu der am 21. September abgehaltenen öffentlichen Versammlung war Kollegin Frau Ediger als Referentin erschienen. Sie referierte über: "Der Kampf ums Dasein und die wirtschaftliche Krise." Sie brachte unter Anderem, daß die deutschen Arbeiter es nicht verstanden haben, während der Zeit des Ausschwunges ihre Lage einzutragen. Zugleich, wo der Wirtschaftskrisis eingetreten, da müssen sie sich Lohnabzüge gesessen lassen, die bei entsprechender Organisation ältere zurückgewonnen werden können. Nun kommt zu dem gewerblichen Nebengang, zur Arbeitslosigkeit und Verkürzung des Verdienstes noch eine Verarmung der Arbeiter. So und Bleib werde dadurch noch mehr verschärft. Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution einstimmig an: "Die heutige im Gasthaus "Zum Vogel Hahn" tagende öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausschreibungen der Referentin vollständig einverstanden und legt energisch Protest ein gegen die Volkspolitik der Regierung, welche die Arbeiter nur noch verhärten und verlängern muß. Gleichzeitig verpflichtet sich die Anwesenden, von allen Mitteln Gebrauch zu machen, die geeignet sind, den Sozialrat in seinem jetzigen Gestalt zu beseitigen.

Igels. Die Mitgliederversammlung am 28. September nahm den Kartellbericht entgegen. Das Kartell hat sich mit den Vorarbeiten zu einer Arbeitlosen-Zulufkasse beschäftigt. Sein Vortrag wurde beantragt. Bogen, der Zahlung drücken zu wollen und die Gewerkschaften würden verpflichtet, für gewisse Ausschreibung der Bogen Sorge zu tragen. — Unser Bevollmächtigter Kollege Wenn, brachte den Streitfall zu Sprache, der zwischen unserer Zehnstelle und denjenigen des Bauarbeiter-Kartells aufspielt. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands um eine Auskunft ihrer Meinung in dieser Frage zu ersuchen und die Bevollmächtigten sollen bei den Vorständen anfragen, wie es in dieser Sache ist. Es handelt sich darum, daß Mitglieder unseres Verbandes, welche auf Baugen beschäftigt sind, verpflichtet werden sollen, Beiträge zu dem Zulufkassens des Bauarbeiter zu leisten. Daraus hielt Herrschäffer einen Vortrag über: "Gewerkschaftsbewegung, Streikrecht und Sozialdemokratie". Redner hebt hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie nicht vereinbar wachsen könnte. Ein gewerkschaftlich organisierte Arbeiter brachte nicht, wie es von Behörden und Unternehmern häufig behauptet werde, notwendigerweise Sozialdemokrat zu sein. Die Gewerkschaftsbewegung bekämpfe nur die Ausbeutung der Arbeiter auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung. Er legt dann die mannigfachen Erforschungsgründen der Zehnstelle klar und definiert, was man unter einem Streitfall zu verstehen hat. Daraus wurden die Bevollmächtigten und Beisitzer in Vorschlag gebracht. Als Entschließung wurden dem ersten Bevollmächtigten 6 M., dem zweiten 3 M. pro Quartal für ihre Versammlung aus der Verbandskasse bewilligt. Einmal seit längerer Zeit stand danebenliegenden Kollegen wurden 10 M. Unterstützung zugesprochen.

Ludwigshafen-Friesenhain. In einer am 29. September tagenden Versammlung referierte Kollegin Kröger-Offenbach über: "Der Kampf des Einzelnen gegen das Kapital." Rednerin schilderte die Lage der Arbeitnehmer und Arbeiter, ihre Bezahlung, Arbeitszeit, Nahrung und Wohnungswesen. Im Arbeitseinkommen mache der Unternehmer mit den einzelnen Arbeiter was er möchte. Seine Macht erstreckt eine Grenze gezogen, wenn die Arbeiter sich organisieren. Er bringt ein flotter Geschäftsgang hinter uns liegt, haben viele Arbeiter keine ausreichende Bezahlung erhalten. Diese geht bei dem jeglichen Geschäftsgang noch bedeutend zurück, wird verringerkt. Die Ausbeutung der Frauen- und Kindesarbeit wird vor der Referentin geschildert und der Streit unserer Kolleginnen und Kollegen in Harburg, der Streit der Glasarbeiter einer Befreiung unterzogen. Das Referat bewirkt, daß eine Anzahl Personen dem Verbande als Mitglieder hinzutreten.

Magdeburg. Sonnabend, den 21. September, tagte im Soziale des Herrn Bartels unsere Mitgliederversammlung, die stark besucht war. Kollege Matthes referierte über Organisation und Agitation. Nach der Meinung des Redners ist es schwer, unter unseren Kollegen zu agitieren, er weißt mit, wie die Agitation betrieben werden muß, um damit Erfolg zu erzielen. Er kommt dann auf die Vorteile zu sprechen, die damit verbunden sind, wenn eine Zehnstelle einen beförderten Beamten habe, und legt den Plan klar, nach welchem ein solcher zu arbeiten hat. Es wird nach dem Referat darüber verhandelt, ob eine solche Person angestellt werden soll. Die Anstellung wird zwischen Kollege Matthes mit Majorität gewählt. Die Gründung des Vertrags wird für den 1. Oktober bestimmt. Es bestehen sich: zehntel 5 und 6, Hinterhans 1. Zum Delegierten für die Saalversammlung wird Kollege Hoffmann gewählt. Zum Kassenkassen wird Kollege Sommerfeld bestimmt.

Meuselwitz. Eine am 1. Oktober im Thüringer Hoftagende Mitgliederversammlung wolle die Kollegen Hermann Wahre und Theodor Hoppe zu der in Leipzig tagenden Konferenz. Unter Punkt 2 werden die Bevollmächtigten und Beisitzer in Vorschlag gebracht. Unter "Verbandsangelegenheiten" wurde die Arbeitsermittlung der Kaufmännischen Zehnstelle Karl Debus abstimmt. Mit der Häufigkeit betrieben war die Versammlung so wenig einverstanden, daß eine sofortige Bezeichnung vorgenommen wurde. Die Schilderung der Verhältnisse unter in Frage kommenden Fabriktief allgemeine Wohlfeilung hervor.

Wittenberg a. Rh. Über Gewerkschaften und ihre Bedeutung sprach Dr. med. Baez aus Düsseldorf in der am 22. September tagenden Versammlung. Unter die Statistik des Lebensalters führte der Referent aus, how die Bevölkerung das höchste Lebensalter erreicht. Der Lebenszyklus nach kommt dem Osterer, Landauer, Bergs, Baurer, Seeliger, Heinen, zufolge der Schwachsinnshälfte. Redner führt weiter aus, daß ein großer Prozentsatz der Sterbefälle, besonders unter den Arbeitern, verursacht würde durch die Lungenentzündung. Der Nährboden dieser würde gebildet durch ungünstige Wohnungen, staubige Arbeitsstellen, schlechte Ernährung, Überarbeitung. Redner wendet sich dann gegen den übermäßigen Alkoholgenuss. Derzelfe gerüht die körperliche und geistige Gesundheit und die Moral. Dem 66 Prozent aller Sittlichkeitsverstechen und 51 Prozent aller Körperverletzungen sind durch Ernährung verantwortlich. Dagegen verdonnen 32 Prozent aller männlichen Gewerken ihr Schicksal der Ernährung. In Deutschland warden 2,2 Millionen jährlich für alkoholologische Kranken ausgegeben, eine große Summe davon würde bessere Anlage finden. Der Redner behauptet dann noch die Unzulänglichkeit in der Industrie und im Bergbau, daß deren Arbeit und die mangelsenden Schutzaufrichtungen, die Überarbeitung und die Unzulänglichkeit erläutert. Eine Ausbeutung der Arbeiter muß gefordert werden, beginnend, daß Bergarbeiter und Arbeiter bei der Inspektion berücksichtigt werden. Nachdem Redner über die einzelnen Gewerke und deren bestreitbare

er zum Schlusse aus, daß die Arbeiter nicht allein auf die Hilfe der Gesetzgebung sich verlassen sollen, sondern sich organisieren müssen, um dadurch schon etliche die Gewerkschaft schädigende Mitgliedschaft zu beseitigen. Nach dem Referat steht der Vorsitzende noch die Vorteile der Organisation aneinander. Die Versammlung dankt die besten Eindruck und wird nicht verfehlten, uns neuen Anhang zu verschaffen.

Rostock. Am 18. September tagte unsere Mitgliederversammlung bei v. Eigen. Kollegin Frau Blech hielt einen sehr interessanten Vortrag über den Sozialrat und Kartell. Die Abrechnung vom Sommervergnügen ergab einen Überschuss von 1.90 M. Als Delegierte zur Konferenz in Auel wurde Kollege Schwarz gewählt. An Stelle des Kollegen Möller, welcher seit längerer Zeit seinen Kosten als Kartelldelegierter ganz und gar vernachlässigt hat, wurde Kollege Bleib als Kartelldelegierter gewählt. Von der Unternehmung geschahen, daß Kollegen Lamp, Schröder, Siebenburg und Karin Binder, wurden die beiden ersten abgelehnt und die beiden letzten dem Vorsitzenden und der Unternehmungskonferenz zur sicheren Untersuchung überreicht. Hieraus erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Rostock. Am Donnerstag, den 3. d. M., tagte hier im Soziale des Kollegen Borbe, Marienstraße 25, eine Mitgliederversammlung zwecks Gründung einer Zehnstelle. Einhundert Kollegen sprachen sich für die Gründung aus und beschlossen, eine Zehnstelle zu gründen und nach besten Kräften auszubauen. Hierzu wurden die Bevollmächtigten vorgeschlagen. Ein Verbands- und Verkehrsrat wurde das Votum des Kollegen Borbe, Marienstraße 25, einstimmig bestimmt. Mit einem Beschluss aufgenommen hoch auf das Gedächtnis der neuen Zehnstelle schloß die Versammlung.

Schöneweide. Ein Sozialrat ist auf dem Bauhof der Metallindustrie errichtet worden. Am Mittwoch, den 25. September, wurde im Restaurant zum "Hausbräu" eine Versammlung der Maurer und Bauarbeiter abgehalten, welche sich mit dempunkt beschäftigte, wie es am besten möglich wäre, die Bevollmächtigte auf dem Bauhof zu bestellen. Man kam zu dem Beschlus, zum Zweck der Erledigung von Belangen bei dem Unternehmer vorstellig zu werden. Bezieher versprach auch, als eine Kommission zu kommen, bessere Zustände zu schaffen. Diese Sache wurde nun wieder für Nachholen. Die Bildungsprüfungsschule und Schmid sind zwei Gewerbe. Als Großhoff am Freitag Vormittag seine Nachdruck vorzutragen wollte, wurde er auf dem Platz von Schmid in das Gesicht geschlagen, so daß der Verkäufer stark blutete. Während dieser Auseinandersetzung wurde auch Großhoff schon mehrere Arbeiterschläge ungeduldet. Als Großhoff nun seinen Kollegen ansah, was ihm geschehen war, wurden dieselben aufgebracht und verlangten vom Unternehmer nicht einzutreten, bis Großhoff und Schmid vom Bauplatz verschwunden seien. Die Bauarbeiter erkärrten sich mit den Maurern solidarisch und legten am Freitag Mittag die Arbeit nieder. Von den Beziehern gehörten zwölf unserer Organisation an.

Siedlow. Am Samstag, den 21. September, tagte in Siedlow unsere Mitgliederversammlung. Als Bevollmächtigte wurden in Vorschlag gebracht die Kollegen August Becker, Wilhelm Jesse und Ferdinand Ströck, als Rentiere Ferdinand Lohmeyer, Franz Bogens und Julius Barlow. Als Hilfsarbeiter Gradow wurde Kollege Schach gewählt. Kollege Becker forderte die Anwesenden auf, mit allen zu Gebote stehenden Kräften die neu gewählte Bevollmächtigung in jeder Hinsicht zum Ausbau und zur Erfüllung und Sicherung unserer Zehnstelle noch innen und außen zu unterstützen. Zur Einführung der freien Vergleichsverträge für die Betriebsfabrikantenfaelle sollten wurde, weil sämtliche Gewerkschaften hierzu das gleiche Interesse haben und damit die Sache einheitlicher geregelt wird, beschlossen, die Angelegenheit dem hiesigen Gewerkschaftsrat zur Erledigung zu überreichen.

Literarisches.

Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch. ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik. Von Max Schippel.

Dieses von den Parteilandes seit Jahren gewünschte Hilfsmittel ist die Agitation, dessen Herausgabe schon von mehreren Parteitagtagen beschlossen wurde, erschien nunmehr im Verlag der Buchhandlung Borwinkel.

Das Buch stellt in eingehender Weise dar, unter welchen parlamentarischen Kämpfen und mit welchen Erfolgen und Niederlagen die Reichsgesetzgebung über die wichtigsten, vor allem die betriebsverhindernden Fragen sich allmählich entwickelt hat.

Zum Mittelpunkt stehen dabei die eigenständigen Fragen der Sozialreform und des Arbeiterschutzes. Das langsame Durchdringen des kapitalistischen Maßtheilerthums, das zugehörige Verdrängen der Arbeitersoldertum auf den verhindernden Schichten, aber auch die immer widerstrebenden Reaktionen — sozialkapitalistischen Schriftsteller und des Kleinbauern, zuwiderlaufenden Meisterthums werden auf das Ausführliche geschildert und zwar in zu kurzem anfassen oder in tieferen Einzelheiten (wie: Geschichte der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Deutschland — Entwicklung des Arbeiterschutzes, das zugehörige Verdrängen der Arbeitersoldertum auf den verhindernden Schichten, aber auch die immer widerstrebenden Reaktionen — sozialkapitalistischen Schriftsteller und des Kleinbauern).

Auch auf die Schutzgesetzgebung für einzelne Arbeitersparteien, mitunter nur Zeit- und keine Schutzgesetzgebung, ist stets besonders eingegangen (so in Wittenberg wie: Witterungsrecht, Belegschaftsrecht, Gewerkschaftsrecht, Pionierarbeiter, Sozialversicherung, Sozialabgaben, Sozialversicherung, Gewerkschaftsgeheimnis, Gewerkschaftsgeheimnis, Gewerkschaftsgeheimnis u. s. f.).

Größte Aufmerksamkeit ist den geographisch einheitlichen Streitfragen gewidmet: der Schichtung und den Wandlungen der Gewerbeordnung, den Erneuerungsbestrebungen und der Mittelstandskräfte, den Kampf gegen Monopole und Konkurrenz.

Auch die augenfälligste im Bodenstande des Interesses befindende handelspolitischen Fragen sind durch orientierende Artikel eingehend behandelt.

Weiter findet der Leser reiches Material über die Steuerfragen, über Militärstaat, Flotten- und Kolonialpolitik.

Eine ihrer politischen Bedeutung entsprechende Mündigkeit erfuhr endlich auch die Verfassungs- und Königlichen Fragen.

Das Buch, das in 30 Abdruckungen, à 20 M., erscheint, soll einen dauernden Reich behalten; deshalb werden jedenfalls auch Sämtliche der parlamentarischen Legislaturschriften abgedruckt.

Die hiesige Preis wird jedem Arbeiter die Erfüllung ermöglichen.